

Krieg hilft nicht gegen Terror, Krieg ist Terror!



Die erschütternden Bilder von den Terroranschlägen des 11. September haben bei uns allen Bestürzung ausgelöst. Die USA und die NATO-Staaten nutzten diese Stimmung für den Krieg gegen das unbequem gewordene Taliban-Regime in Afghanistan. Tausende ZivilistInnen starben im Bombenhagel bzw. auf der Flucht, die Zahl der Getöteten wird allein bis diesen Februar auf etwa 4050 geschätzt. Die wirkliche Zahl der Opfer werden wir wohl nie erfahren.

Ein stichhaltiger Nachweis über die Beteiligung der Taliban an den Terroranschlägen am 11. September wurde nie vorgelegt, wobei selbst ein Nachweis keinen Rachekrieg und die Tötung tausender Unschuldiger rechtfertigen würde. Die „Vergeltungsschläge“ der NATO waren ein Bruch des Völkerrechts mit weitreichenden Folgen. Denn mit dem von der rot-grünen Bundesregierung unterstützten Krieg wird das empfindliche internationale Rechts- und Wertesystem weiter ausgehöhlt. Das Faustrecht des Stärkeren wird zur Norm für internationale Politik. Die USA und ihre Verbündeten setzen ihre Interessen unter dem Deckmantel des Kampfes gegen den Terrorismus mit Militärgewalt durch. Aber auch für Staaten wie Russland oder China ist der „Kampf gegen den Terrorismus“ eine willkommene Gelegenheit, gegen Minderheiten

im eigenen Land vorzugehen. Diktatoren und Terrororganisationen wurden und werden insbesondere von den USA, bewusst und systematisch aufgebaut und unterstützt, um die „Drecksarbeit“ in Konflikten zu übernehmen, die das eigene Militär nicht durchführen kann. So floss ein Teil der 3 Milliarden Dollar aus den USA für den Krieg in Afghanistan gegen die sowjetische Besatzungsmacht ausgerechnet durch die Hände von Osama Bin Laden. Und auch die Taliban wurden mit amerikanischem Geld unterstützt, als mit ihnen über den Bau von Pipelines verhandelt wurde. Da sie aber die Erwartungen der westlichen Firmen nicht erfüllten, standen sie schon vor dem 11. September auf der Abschussliste des amerikanischen Militärs.

Die Folgen des Krieges

Wie es in Afghanistan weiter geht, ist ungewiss. Einige der jetzt an der Regierung beteiligten Gruppen haben schließlich schon einmal einen blutigen Bürgerkrieg um die Macht geführt. Alphabetisierung, Bodenreform, flächendeckende Gesundheitsversorgung, Rechtsstaatlichkeit und Gleichberechtigung kann man nicht herbei bomben.

Das Entsetzen über die Terrorakte in den USA haben PolitikerInnen der konservativen Opposition wie der rot-grünen Bundes-

regierung genutzt, um Maßnahmen durchzusetzen, die unter „normalen“ Umständen nicht vermittelbar gewesen wären. So wurden demokratische Rechte wie Datenschutz, Post- und Fernmeldegeheimnis und Versammlungsfreiheit ausgehöhlt. Das Grundrecht auf Asyl wurde noch weiter eingeschränkt und die Kompetenzen der Geheimdienste erweitert. All diese Maßnahmen können Terroranschläge wie den am 11. September weder verhindern noch aufklären. Sie dienen einzig dazu, den Regierenden mehr Machtbefugnis zu geben und unbequeme Kritik und Kritiker auszuschalten. Trotz schwieriger Wirtschaftslage, Sozialabbau und Bildungskrise werden für Auslandseinsätze und Rüstungsvorhaben immense Summen ausgegeben.

Neue Kriege verhindern

Nach dem Willen der US-Regierung war Afghanistan nur der Anfang. Als weitere Kriegsgebiete stehen Somalia, die Philippinen und vor allem der Irak auf der Liste. Aber auch der Iran und Nordkorea gehören für den amerikanischen Präsidenten zur „Achse des Bösen“. In anderen Worten ausgedrückt, wer sich nicht dem Willen und den Interessen der westlichen Industrienationen unterwirft, der wird bekämpft und vernichtet. Und Deutschland? Regierungs- wie Oppositionsparteien sprechen sich zwar derzeit gegen eine Beteiligung an einem eventuellen Krieg gegen den Irak aus, doch ob das

nach der Wahl noch gilt, ist fraglich.

Weitere Kriege werden den Terrorismus genauso wenig stoppen können, wie der Krieg gegen Afghanistan. Stattdessen wird nur noch mehr Hass und Verbitterung erzeugt, Nährboden für immer neuen Terror. Zur Bekämpfung des Terrorismus ist anderes erforderlich: eine Lösung des Nahostkonflikts, eine Wiederherstellung des Völkerrechts, ein Verbot von Rüstungsexporten und vor allem die Schaffung gerechter wirtschaftlicher Verhältnisse. Konkret heißt das für uns als Bürgerinnen und Bürger:

Nutzen wir unsere demokratischen Grundrechte. Wählen wir keine Parteien, die diese Kriegspolitik fortsetzen und Milliarden Euro für Rüstung und Kampfeinsätze verschleudern.

Gehen wir gemeinsam gegen die Kriegspolitik auf die Straße! Setzen wir die Regierung unter Druck, damit sie sich auch nach dem 22.9 den US-Angriffsplänen gegen den Irak verweigert. Glauben wir nicht der Kriegspropaganda!

PAX AN, AK Frieden Köln.

Wir treffen uns jeden Donnerstag 20.30 Uhr im Allerweltshaus in der Körnerstr 77-79, Ehrenfeld.

Kontakt: Rolf Noack 7602307

email: pax-an-koeln@web.de

<http://www.is-koeln.de/paxan/>

ViSdP: M. Gessner